

Eine Chance zum Neubeginn

Hoffnung auf einen Wandel zwischen Russland und Deutschland - und was sich dafür ändern muss

Am Ende wirkten die Erörterungen zum Thema Russland fast nur noch ermüdend. In den zurückliegenden vier Jahren bis zur Bundestagswahl im September 2013 haben sich die Fronten zwischen Deutschland und Russland zusehends verhärtet. Es waren vier lange Jahre, in denen immer wieder die eigentlich gleichen Argumente ausgetauscht wurden: In wirtschaftsnahen Kreisen, etwa im Ostausschuß der deutschen Wirtschaft, in dem seit geraumer Zeit die Klage umging, dass in Berlin niemand mehr für gute Beziehungen zu Moskau gerade stehe, weshalb der wirtschaftliche Austausch und namentlich größere deutsch-russische Projekte Schaden zu nehmen drohten; und auf der anderen Seite die amtierende Berliner Politik und ein Gros der hiesigen öffentlichen Meinung, die nicht müde wurden, die Menschenrechtslage in Russland, zumeist unter Bezug auf berühmte Fälle wie den Chodorkowskis oder Politkovskajas oder Ereignisse wie die Duma- oder die Präsidentschaftswahlen, zu kritisieren und ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken.

Beispielhaft für ein schon fast schizophrenes Auseinanderdriften der Wahrnehmungen und der Meinungen im Blick auf Russland war etwa, dass an ein- und demselben Tag die deutsche Wirtschaftselite im Rahmen des deutsch-russischen Forums die Zusammenarbeit mit Russland beschwor, während fast zur selben Stunde ein Seminar der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde im Beisein von Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger die Menschenrechtslage in Russland anprangerte, und zwar mit dem Tenor, dass eine deutsch-russische Zusammenarbeit angesichts der Fehlentwicklungen in diesem Land eigentlich ausgeschlossen sein sollte.

In eben diesem Zeitraum verhärtete sich aber auch die Haltung der russischen Seite, sie wurde selbstbewusster bis hin zur Arroganz und gab damit den Kritikern im Westen Nahrung. Von einer Hinwendung zu Europa, gar von Sympathie für Deutschland, die um die Jahrtausendwende noch fast allerorten zu spüren gewesen war, ist in den zurückliegenden Jahren kaum etwas geblieben.

Und nun? Wird jetzt ein neuer Anfang möglich? Tatsächlich scheinen sich die Stereotypen zu lockern und es spricht Einiges dafür, dass die Dinge in Bewegung kommen können. Da ist zuallererst die erneute Berufung von Frank-Walter Steinmeier zum Außenminister zu nennen. Tatsächlich hat er in seiner ersten Runde als Außenminister der großen Koalition der Jahre 2005-2008 eine gute Hand für die Beziehungen mit Russland bewiesen. Ihm werden Kenntnis, Verständnis und auch eine gewisse Sympathie für das Land nachgesagt.

Und Russland? Putin sieht seine politische Rolle und die internationale Position seines Landes im Syrien-Konflikt, durch das clevere handling des Fall Snowden und schließlich aufgrund der wirtschaftlichen Kraft, basierend auf gleich bleibend hohen Gas- und Ölpreisen, gestärkt. Aus dieser Position heraus hat er sich offensichtlich entschlossen, die Zügel etwas lockerer zu lassen. Das herausragende Beispiel hierfür war die Freilassung des früheren Ölmagnaten Michael Chodorkowski im Dezember 2013. Selbst wenn hinter dieser Freilassung politisches Kalkül steht – gerade vor den Olympischen Spielen in Sotschi – und Chodorkowski ´dem russischen Präsidenten politisch kaum mehr gefährlich werden kann, so möchte man dies doch auch als ein Zeichen dafür werten, dass der Kreml versucht, wichtige Hindernisse in den Beziehungen zum Westen, zu Europa und insbesondere zu Deutschland abzubauen.

Plötzlich scheinen sich noch vor kurzem unversöhnlich gegenüberstehende Lager und Positionen aufzulösen. Beispiel hierfür ist auch eine Persönlichkeit wie die des Russland-Experten Alexander Rahr, der über einige Zeit in deutschen Medien als besonders russlandfreundlich und Kreml-nah hingestellt wurde. Ausgerechnet er, der auch so manches Mal Chodorkowski selber kritisierte, ist es nun, der dessen Freilassung maßgeblich mitgestaltete. Die scharfe Abgrenzung zwischen den bisherigen Lagern der freiheitlich gesinnten Chodorkowski-Anhänger und den der Kremlpolitik zuneigenden Beobachtern gerade aus der Wirtschaft scheint sich zumindest zu lockern.

Angesichts solcher Entwicklungen ist es vielleicht nicht abwegig anzunehmen, dass das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland und namentlich zwischen Deutschland und Russland an einem Wendepunkt steht. Allerdings erscheinen die bisher wahrnehmbaren Wandlungen noch keineswegs hinreichend, um eine nachhaltige Veränderung des Verhältnisses zu Russland zu bewirken. Was wäre also zu tun?

Im Folgenden seien einige Überlegungen genannt, wie die Chance einer Veränderung genutzt werden könnte:

1. **Veränderung der Außen- und Sicherheitspolitik:** Tatsächlich gilt es, die Erkenntnis in die Praxis umzusetzen, dass weltpolitische Probleme von Rang heute kaum ohne oder gar gegen Russland zu lösen sind. Und dies verlangt wiederum eine sehr viel intensivere Kommunikation und Abstimmung mit Moskau sowie die Beachtung der Interessen des Landes. Beispiel hierfür ist etwa die Installation des Raketenabwehrschirms. Die Außenpolitik muss sich grundsätzlich frei machen von einer Haltung, die allein aus hiesiger Sicht formulierte moralisch -ethische Fragen zum Maßstab aller Dinge zu machen versucht. Vielmehr muss auch gegenüber Russland sowohl ein historisches Verständnis als auch die eigene Interessenlage und die der anderen Seite eine Rolle spielen dürfen. Konkret gehört die Ausgestaltung der europäisch-russischen Partnerschaft wieder auf die Tagesordnung.
2. **Neustart des Dialogs der Zivilgesellschaften und Visumsfreiheit:** Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Dialog der Zivilgesellschaften basierend auf dem

Petersburger Dialog in den letzten Jahren so sehr ins Stocken geraten ist, dass er kaum mehr eine wahrnehmbare Rolle spielt. Abgesehen davon, dass hier auch ein personeller Neubeginn hilfreich wäre, ist es wahrscheinlich kaum mehr möglich, einen derartigen Dialog „von oben herab“ in Gang zu bringen. Insofern wäre es ein Anliegen, Gesellschaften dadurch zueinander zu bringen, dass man sie auch tatsächlich zu einander kommen lässt. Dies wiederum würde die Abschaffung der Visumpflicht für Russland im Hinblick auf Deutschland und die EU-Staaten bedeuten. Es wäre nicht nur ein Zeichen des Vertrauens, sondern auch eines partnerschaftlichen Verhältnisses, das von vielen Menschen in Russland äußerst positiv aufgenommen werden würde. Die Befürchtung, ein solcher Schritt könne eine unkontrollierte Massenbewegung gen Westen auslösen, dürfte angesichts der wirtschaftlichen Lage wie auch der Einstellung vieler Russen gegenüber dem Westen kaum realistisch sein.

- 3. Finanzierung gesellschaftlicher und wissenschaftliche Einrichtungen, die sich mit Russland befassen:** In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind sämtliche Einrichtungen und Institute, die sich mit Russland, russischem Recht, russischer Wirtschaft und Politik befassen, verringert, ausgedünnt oder gar geschlossen worden. Im Hinblick auf Ausbildung und Wissenschaft sollten deshalb Mittel bereitgestellt werden, um wieder eine intensivere Befassung mit russischer Kultur, Wirtschaft, Politik und russischem Rechtswesen zu ermöglichen (zum Beispiel in Form von universitären Spezialisierungsrichtungen oder Promotionsmöglichkeiten). Hierdurch würde auch eine Grundlage für ein breiteres Verständnis geschaffen. Gerade Deutschland hatte in der Ostforschung immer eine lange Tradition und sollte diese nicht gänzlich aufgeben, sondern vielmehr wiederbeleben.
- 4. Stärkere wirtschaftliche und rechtliche Zusammenarbeit:** Die Wirtschaft arbeitet weitgehend unabhängig. Allerdings jeder, der über längere Zeit in Russland tätig war, wird sich bewusst sein, dass viele – vor allem größere – Projekte nur mit politischer Unterstützung durchgeführt werden können. Hier sollte sich nicht nur das deutsche Außenministerium, sondern vor allem auch das Wirtschaftsministerium stärker engagieren. Beispiel hierfür sind etwa Initiativen, um die Investitionen deutscher und russischer Unternehmen im jeweilig anderen Land zu erleichtern. Ferner sollte auch die rechtliche Zusammenarbeit intensiviert werden, dies allerdings nicht, um Russland im Hinblick auf Gesetzgebung und Rechtsprechung juristisch zu belehren. Vielmehr sollte die gemeinsame Ausbildung von Juristen forciert werden, um das Niveau russischer und deutscher Juristen auf längere Sicht einander anzunähern. Gleichzeitig sollte auch über die erleichterte Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen nachgedacht werden. Eine Initiative der IHK Hamburg, die die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen in Deutschland und Russland erleichtern will, existiert bereits.

5. **Russland nehmen wie es ist:** Es klingt wie eine Banalität. Aber Russland wird man niemals von außen ändern. Deshalb machen Versuche auch keinen Sinn, die eigenen moralischen Vorstellungen oder demokratischen Werte permanent in Russland anzumahnen und dort implementieren zu wollen. Alexander Rahr hat kürzlich in einem Beitrag in der „Welt“ darauf aufmerksam gemacht, dass viele Russen noch sehr viel konservativer - aus hiesiger Sicht vielleicht sogar rückschrittlicher - denken als Präsident Putin. Hier sollte man sich darüber und über den Rückhalt, den er noch immer genießt, keinen Täuschungen hingeben. Allerdings muss dies kein Hinderungsgrund für eine offene und verlässliche Partnerschaft sein.

Insgesamt: Eine neue Regierung in Deutschland und die Gelegenheit der Olympischen Spiele in Russland sind keine schlechte Konstellation, die deutsch-russischen Beziehungen auf eine neue, auf eine wieder vertrauensvollere Basis zu stellen. Die sich daraus ergebenden Chancen wollen allerdings genutzt sein.

Cle/Sgr